FDP-Fraktion
(Antrag Nr. 2142/2008)

Eingereicht am 09.09.2008 um 10:00 Uhr.

Ratsversammlung

Antrag der FDP-Fraktion zur Aufhebung der Umweltzone

Antrag zu beschließen:

Der Beschluss des Rates zur Drucksache Nr. 0925/2007 (Luftreinhalte-Aktionsplan für die Landeshauptstadt Hannover) i. V. m. der 1. Ergänzung und der Drucksache Nr. 1473/2008 wird hinsichtlich der in Kapitel 7.11 (Einrichtung einer Umweltzone) des Luftreinhalte-Aktionsplans genannten Maßnahmen aufgehoben.

Begründung:

Nach Aussage des jüngsten Gutachtens des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Hildesheim zur Wirksamkeit der Feinstaubminderung durch die Umweltzone Hannover hat die Auswertung der Messungen des lufthygienischen Überwachungssystems Niedersachsen bestätigt, dass die Umweltzone zu einer wesentlichen Verringerung des Schadstoffs PM10 nicht geeignet ist. Denn die Feinstaubbelastung der Luft wird durch die Umweltzone lediglich um weniger als 1 % reduziert.
Nachdem die Umweltzone also aus Sicht der Feinstäube ihre Daseinsberechtigung verloren hat, argumentieren die Verwaltung, SPD und Bündnis90/Die Grünen mit den ab Januar 2010
geltenden verschärften Grenzwerten für Stickstoffoxide. Die Verwaltung hat aber bislang noch keine belastbaren Prognosen und Berechnungen vorgelegt, die im Hinblick auf die Entwicklung des Kraftverkehrs in Hannover belegen, dass gerade die im Rahmen der Umweltzone geplanten Fahrverbote die verhältnismäßigen Maßnahmen darstellen, ohne die eine Einhaltung der zukünftigen Grenzwerte für Stickstoffoxide zwingend nicht erreicht werden kann. Von der Erforderlichkeit der Umweltzone aus Sicht der Stickstoffoxide kann demnach zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgegangen werden.
Es ist daher derzeit nicht angezeigt, an der Umweltzone und den damit verbundenen Fahrverboten weiter festzuhalten. Stattdessen sollte sich die Verwaltung verstärkt bemühen, die weiteren im Luftreinhalte-Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen. Die Schwerpunkte sollten dabei insbesondere auf der allgemeinen Verstetigung des Verkehrs und der Durchsetzung der Verbote für den LKW-Durchgangsverkehr im Schwerlastbereich liegen.

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 09.09.2008